

Zweigliedriges Schulsystem

1. Einleitung¹

Seit den 1990er-Jahren wurden in vielen Bundesländern tiefgreifende Strukturveränderungen im Sekundarschulbereich vorgenommen. Dabei zeichnen sich trotz unterschiedlicher Varianten die Tendenzen zur Herausbildung einer zweigliedrigen Schulstruktur und der Verzicht auf die Hauptschule als eigenständige Schulform ab (Liegmann & Bouß, 2012; Tillmann, 2012; Edelstein & Nikolai, 2013; Neumann, Maaz & Becker, 2013). Zweigliedrige Schulsysteme sind solche Schulsysteme, die neben dem Gymnasium entweder nur noch eine weitere Schulform anbieten oder neben diesen noch Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen führen.² Die ersten zweigliedrigen Sekundarschulsysteme wurden nach der Wiedervereinigung in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eingeführt (Edelstein & Nikolai, 2013). Unter den ostdeutschen Ländern beschränkt Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – anders als Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – zunächst andere Wege, etablierten jedoch zum Schuljahr 2005/06 (Brandenburg) bzw. 2006/07 (Mecklenburg-Vorpommern) auch zweigliedrige Schulstrukturen. Diese schulstrukturelle Innovation setzte sich auch in Westdeutschland fort. Nach Jahrzehnten polarisierter Kontroversen und gescheiterter Reformversuche (etwa die nicht realisierte kooperative Schule in Nordrhein-Westfalen) kommt es auch in den westdeutschen Bundesländern seit den 2000er-Jahren zu Veränderungen der tradierten drei- bzw. viergliedrigen Schulstruktur (letztere in den Bundesländern mit Gesamtschulen als Regelschulform). Als erstes westdeutsches Bundesland führte das Saarland zum Schuljahr 1997/98 ein zweigliedriges Schulsystem ein, 2010/11 folgten Berlin, Bremen³, Hamburg und Rheinland-Pfalz.⁴ Zum Schuljahr 2010/11 löste auch Schleswig-Holstein Haupt- und Realschulen als eigenständige Schulformen auf und bot neben Gymnasium und Gemeinschaftsschule nur noch die Regionalschule an (Wiechmann, 2011). Zum Schuljahr 2014/15 wandelte Schleswig-Holstein die Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen um, die an vielen Standorten mit einer Oberstufe auch zur Hochschulreife führen. Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ermöglichen es Schulträgern ebenso, Haupt- und Realschulen mit mehreren Bildungsgängen einzuführen, halten aber neben dem Gymnasium an den Haupt-, Real- und Gesamtschulen als eigenständige Schulformen fest. In Bayern schließlich ist die tradierte Schulstruktur – abgesehen von der Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule – bislang weitgehend unverändert geblieben (Helbig & Nikolai, 2015).

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen einer Sachbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft für das Projekt »Institutioneller Wandel und Pfadabhängigkeiten. Determinanten schulstruktureller Reformprozesse in den ostdeutschen Bundesländern« (Förderkennzeichen NI 1371/2-1).

2 Nicht zu den Regelschulformen gehören Sonderschulen, die in allen Bundesländern zum Schuljahr 2015/16 bestehen. Auch in zweigliedrigen Schulsystemen werden somit nach wie vor drei bzw. in zweigliedrigen Schulsystemen mit Gesamt- und/oder Gemeinschaftsschulen vier bzw. fünf Schulformen angeboten.

3 Dabei begann in Bremen die Integration der Schulformen bereits Mitte der 2000er-Jahre. Zum Schuljahr 2004/05 konnten Fünftklässler nur noch die Sekundarschule besuchen. Die noch bestehenden Haupt- und Realschulen nahmen ab 2004/05 keine Schülerinnen und Schüler mehr auf und liefen langsam aus. Die 2010/11 eingeführte Oberschule fasste dann die Sekundar- und Gesamtschulen zusammen (Hartong & Nikolai, 2016).

4 Zu den schulstrukturellen Entscheidungsprozessen in den Stadtstaaten vgl. Edelstein, 2016, Edelstein & Nikolai, 2013 (Hamburg), Hartong & Nikolai, 2016 (Bremen) und Nikolai, 2016 (Berlin).

Die Motive für die Einführung zweigliedriger Schulsysteme sind vielfältig, wie der Beitrag zeigen wird. Während in den schulstrukturellen Entscheidungen der ostdeutschen Bundesländer nach der Wiedervereinigung Kontinuitäten zum DDR-Schulsystem eine starke Rolle spielten, lassen sich die Reformprozesse in den westdeutschen Bundesländern in den 2000er-Jahren auf demografische Faktoren, Veränderungen im Schulwahlverhalten sowie die Debatte um Chancengleichheit zurückführen. Die Umgestaltung der Sekundarschulsysteme verlief dabei »überwiegend [...] konsensbewusst« (Rösner, 2014, S. 44) und ohne große parteipolitischen Kontroversen, jedoch unter der Bedingung, dass das Gymnasium in seiner Existenz unangetastet bleibt.

Der Artikel gliedert sich in folgende Teile: Zunächst verortet der Beitrag den Trend zur Zweigliedrigkeit im internationalen Vergleich und geht auf nationaler Ebene auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Ausformung zweigliedriger Schulsysteme zwischen den Bundesländern ein. Anschließend werden die unterschiedlichen Gründe für die Einführung von zweigliedrigen Strukturmodellen diskutiert. Der Beitrag schließt mit offenen Forschungsfragen.

2. Zweigliedrigkeit im internationalen Vergleich und im Vergleich der Bundesländer: Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Ausgestaltung

Im internationalen Vergleich gehört Deutschland zu den Ländern, die Kinder besonders früh im Schulverlauf auf verschiedene Schulformen trennen.⁵ Eine Trennung nach der vierten Klasse gibt es im europäischen Vergleich sonst nur noch in Österreich. In der Vergangenheit trennten auch viele Schweizer Kantone nach der vierten Klasse. Im Zuge der »Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule« (Criblez & Manz, 2011) von 2007 haben jedoch fast alle Schweizer Kantone seit dem Schuljahr 2015/16 die Primarschuldauer auf sechs Jahre umgestellt.⁶ Auch andere europäische Mitgliedsstaaten trennen ihre Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I später als Deutschland und Österreich. Erst nach der 5. Klasse können Kinder in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn zum Gymnasium wechseln oder bis zum Ende der Pflichtschulzeit noch auf der Grundschule verbleiben. Nach der 6. Klasse erfolgt die Aufteilung in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz und nach der 7. Klasse in Luxemburg und Bulgarien. Noch innerhalb der Sekundarstufe I, jedoch erst nach der 8. Klasse, trennen Italien, Kroatien, Slowenien und Rumänien (OECD, 2013, S. 78). Die Länder, die in der Sekundarstufe I ihre Schülerschaft aufteilen, haben mehrheitlich ein drei- bzw. mehrgliedriges Sekundarschulsystem. Einige von ihnen weisen jedoch auch zweigliedrige Sekundarschulsysteme auf. Österreich teilt seine Schülerschaft nach der vierten Klasse in die Hauptschule (teilweise ersetzt seit 2008 durch die Neue Mittelschule) und die Allgemeinbildende Höhere Schule auf. Zweigliedrige Schulstrukturen in der Sekundarstufe I haben auch die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn (Hörner, Döbert, Reuter & von Kopp, 2015). Deutschland steht somit mit seinem Trend hin zu einer zweigliedrigen Schulstruktur im Sekundarschulbereich I nicht alleine im europäischen Vergleich. In der konkreten Ausgestaltung der Zweigliedrigkeit gibt es jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Die erziehungswissenschaftliche Literatur hat mittlerweile unterschiedliche Versuche zur Typologisierung der Sekundarstufe in den Bundesländern hervorgebracht. Zweigliedrigkeit ist dabei ein »schillernder Begriff« (Rösner, 2014, S. 44) und wird bereits seit Anfang der 1980er-

5 Dies gilt mit Ausnahme von Berlin und Brandenburg mit einer sechsjährigen Grundschule.

6 Einzig der Kanton Tessin darf aufgrund einer Ausnahmerebestimmung seine vierjährige »scuola media« behalten.

Jahre in der Erziehungswissenschaft diskutiert (Rösner & Tillmann, 1980). Zwei Varianten von Zweigliedrigkeit standen sich Ende der 1980er-Jahre gegenüber (Klemm & Rolff, 1988a): Die erste Variante sah neben dem Gymnasium zusammengefasste Haupt- und Realschulen vor, ohne jedoch die beiden Bildungsgänge in der zusammengefassten Schulform aufzuheben (Regenbrecht, 1988). In einer zweiten Variante plädierte Klaus Hurrelmann für ein »Zwei-Wege Modell«, das neben dem Gymnasium nur noch eine Schulform anbietet und ebenfalls den Erwerb des Abiturs mit einer eigenen Oberstufe ermöglicht (Hurrelmann, 1988, 2013). Liegmann und Bouß (2012) unterscheiden Schularten mit mehreren Bildungsgängen⁷ ohne und mit gymnasialer Oberstufe. Weitere Kategorisierungsansätze benennen vier (Tillmann, 2012) bzw. sechs (Neumann et al., 2013) Schulstrukturvarianten im Sekundarschulbereich. Tillmann unterscheidet je nach Anzahl der nichtgymnasialen Schulformen zwei zweigliedrige Schulstrukturmodelle (»Zweigliedrigkeit pur« und »Zweigliedrigkeit erweitert«),⁸ ohne jedoch auf das Angebot einer Oberstufe in den nichtgymnasialen Schulformen einzugehen. Die Differenzierung nach Anzahl der nichtgymnasialen Schulformen und das Angebot einer Oberstufe nehmen Neumann et al. (2013) in ihrem Typologisierungsvorhaben auf und kommen auf vier Typen von Zweigliedrigkeit: »Zwei-Wege-Modell«, »Zwei-Wege-Modell erweitert«, »Zweigliedrigkeit« und »Zweigliedrigkeit erweitert«.⁹

Der vorliegende Beitrag definiert solche Schulstrukturmodelle als zweigliedrig, die neben dem Gymnasium nur noch eine weitere Schulform vorsehen oder neben der nichtgymnasialen Schulform auch eine Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule anbieten. Im Gegensatz zu den beiden Kategorisierungsansätzen von Tillmann (2012) und Neumann et al. (2013) unterscheidet der vorliegende Beitrag zwei Modelle von zweigliedrigen Sekundarschulstrukturen. Im *vertikalen Modell* einer Zweigliedrigkeit verfügt die integrierte Schulform neben dem Gymnasium über keine eigene Oberstufe, sodass der Erwerb des Abiturs nur nach dem Wechsel in eine andere Schule erworben werden kann. Im *horizontalen Modell* der Zweigliedrigkeit wird dagegen die integrierte Schulform mit eigener Oberstufe geführt und ermöglicht so ebenso wie das Gymnasium den Erwerb der Hochschulreife (wenn auch nicht an allen Schulstandorten) (Edelstein & Nikolai, 2013).

Zum Schuljahr 2016/17 haben 11 von 16 Bundesländern ein zweigliedriges Schulsystem. Tabelle 1 stellt die Modelle der Zweigliedrigkeit, die unterschiedlichen Bezeichnungen der zweiten nicht gymnasialen Schulform in den Bundesländern als auch die Existenz von Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen vor.

Die Stadtstaaten zeichnen sich allesamt durch horizontale Modelle der Zweigliedrigkeit aus. Hier bietet die zweite Schulform (Bremen: Oberschule; Berlin: Integrierte Sekundarschule; Hamburg: Stadtteilschule) neben dem Gymnasium ebenfalls die Möglichkeit des Abiturerwerbs. Da-

7 Die Bezeichnung »Schularten mit mehreren Bildungsgängen« wird auch in der amtlichen Schulstatistik für die Schulen verwendet, die Haupt- und Realschulbildungsgänge vereinen. Schulformen, die nicht nur die Haupt- und Realschulen umfassen, sondern auch eine gymnasiale Oberstufe anbieten, werden in der amtlichen Schulstatistik dagegen unter die Kategorie »Gesamtschulen« gefasst.

8 Der Typus der »Zweigliedrigkeit pur« beschreibt Bundesländer, die neben dem Gymnasium nur eine weitere Schulform anbieten. Kommt neben diesen beiden Schulformen noch eine Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule hinzu, so bezeichnet Tillmann diesen Typus als »Zweigliedrigkeit erweitert«.

9 »Zwei-Wege-Modell« bezeichnet Bundesländer, die neben dem Gymnasium nur eine nichtgymnasiale Schulform vorsehen und die alle Abschlüsse anbietet. Der Typus des »Zwei-Wege-Modells erweitert« umfasst die Bundesländer, die neben dem Gymnasium und der dominierenden nichtgymnasialen Schulform noch eine weitere nichtgymnasiale Schulform haben. Bundesländer, die neben dem Gymnasium nur *eine* nichtgymnasiale Schulform haben, die jedoch nicht zum Abitur führt, werden dem Typus »Zweigliedrigkeit« subsumiert. Der Typus »Zweigliedrigkeit erweitert« charakterisiert demgegenüber Bundesländer, die zwar auch in der nichtgymnasialen Schulform nicht die Möglichkeit des Abiturerwerbs anbieten, jedoch den Besuch von Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen ermöglichen.

bei ist jedoch anzumerken, dass in Bremen, Berlin und Hamburg nicht in allen Schulen eine eigene gymnasiale Oberstufe angeboten wird, diese jedoch eng mit gymnasialen Oberstufen anderer Schulen kooperieren. Auch das Saarland und Schleswig-Holstein haben das Modell der horizontalen Zweigliedrigkeit etabliert. Die im Saarland seit dem Schuljahr 2012/13 eingeführte Gemeinschaftsschule ersetzte nach und nach die Erweiterte Realschule und Gesamtschule, so dass zum Schuljahr 2016/17 das Abitur sowohl am Gymnasium als auch an der saarländischen Gemeinschaftsschule möglich ist. Der Beitrag charakterisiert die Sekundarschulstruktur in Schleswig-Holstein ebenfalls als horizontale Zweigliedrigkeit, da die nicht abiturführenden Regionalschulen nun zu Gemeinschaftsschulen umgewandelt oder aufgelöst werden. Auch hier werden nicht alle Gemeinschaftsschulen eine eigene Oberstufe anbieten, jedoch eng mit den gymnasialen Oberstufen anderer Schulen kooperieren (Helbig & Nikolai, 2015).

Tabelle 1: Modelle der Zweigliedrigkeit in den Bundesländern (Stand Schuljahr 2016/2017)

Modell der Zweigliedrigkeit	Bundesland	Bezeichnung der nichtgymnasialen Schulform und Existenz von Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule
vertikale Zweigliedrigkeit	Sachsen	Oberschule (bis Schuljahr 2012/13 Mittelschule)
	Brandenburg	Oberschule + Gesamtschule
	Mecklenburg-Vorpommern	Regionale Schule + Gesamtschule
	Rheinland-Pfalz	Realschule plus + Gesamtschule
	Sachsen-Anhalt	Sekundarschule + Gesamt- und Gemeinschaftsschule
	Thüringen	Regelschule + Gesamt- und Gemeinschaftsschule
horizontale Zweigliedrigkeit	Berlin	Integrierte Sekundarschule + Gemeinschaftsschule
	Bremen	Oberschule
	Hamburg	Stadtteilschule
	Saarland	Gemeinschaftsschule
	Schleswig-Holstein	Gemeinschaftsschule

Quelle: eigene Darstellung.

Die ostdeutschen Bundesländer zeichnen sich allesamt durch vertikale Modelle der Zweigliedrigkeit aus, wonach Schülerinnen und Schüler das Abitur nur nach einem Wechsel in eine gymnasiale Oberstufe an einem Gymnasium ablegen können. Zur Gruppe der Bundesländer mit einer vertikalen Zweigliedrigkeit gehört als einziges westdeutsches Bundesland Rheinland-Pfalz mit seiner *Realschule plus* als nichtgymnasialer Schulform neben dem Gymnasium und der Gesamtschule.

Festzuhalten bleibt, dass die Einführung von zweigliedrigen Sekundarschulsystemen abgesehen von den Stadtstaaten v.a. in den bevölkerungsarmen Bundesländern durchgeführt wurde und der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die in zweigliedrigen Schulstrukturen ihre Schulzeit absolvieren, gerade mal ein Viertel der gesamten Schülerschaft in Deutschland ausmacht. Rund 75 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland werden dagegen nach wie vor in einem drei- bzw. viergliedrigen Schulsystem beschult (StBa, 2013; eigene Berechnungen).

3. Motive für die Einführung zweigliedriger Schulsysteme

Reformstau und Stagnation – das galt bis Anfang der 1990er-Jahre als Charakteristikum der Schulstrukturentwicklung in den Bundesländern der Bundesrepublik. Über Jahrzehnte wurde an der Dreigliedrigkeit des Schulsystems – bestehend aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium – festgehalten. Einige sozialdemokratisch geführte Bundesländer führten zwar in den 1960er- und 1970er-Jahren Gesamtschulen ein, etablierten diese jedoch als vierte Regelschulform und als zusätzliches Angebot im gegliederten Schulsystem. Dadurch wurde die Dreigliedrigkeit in einigen Bundesländern sogar zu einer Viergliedrigkeit der Schulstruktur ausgebaut. Nach jahrzehntelangem Festhalten am drei- bzw. viergliedrigen Schulsystem ist mit der Wiedervereinigung 1990 Bewegung in die Schulstrukturentwicklung gekommen.

Die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen übernahmen zwar die Logik eines gegliederten Schulwesens, jedoch nicht das westdeutsche dreigliedrige Modell. Vielmehr führten sie ein zweigliedriges Sekundarschulsystem (bestehend aus Gymnasium sowie zusammengelegten Haupt- und Realschulen) ein. Hieran ist erstaunlich, dass gerade in den CDU-geführten Landesregierungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zweigliedrige Sekundarschulsysteme 1991 ihre Anhänger fanden, galt doch die CDU in den westdeutschen Bundesländern jahrzehntelang als Verfechterin der Dreigliedrigkeit, bestehend aus Gymnasium, Real- und Hauptschule (Nikolai & Rothe, 2013).

In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die Einführung der zweigliedrigen Schulstruktur Ergebnis von politischen Aushandlungen an einer sich kurzfristig eröffnenden kritischen Weggabelung, an der verschiedene schulstrukturelle Alternativen zur Auswahl standen und reformorientierte Akteure eine bestimmte Lösung durchsetzen konnten (Köhler, 2009; Edelstein & Nikolai, 2013). In Sachsen und Thüringen fand die Idee einer dreigliedrigen Schulstruktur keine breite Unterstützung sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter den Schulpolitikern in den CDU-Landesverbänden und im jeweiligen Kultusministerium. Zudem zeigen die Analysen für Sachsen, dass in schulstrukturellen Reformprozessen Pfadabhängigkeiten eine wichtige Rolle spielten und sich das zweigliedrige Schulsystem als anschlussfähig an das DDR-Schulsystem erwies (Zymek, 2010). So kann der Verzicht auf die Einführung einer Hauptschule in Sachsen damit erklärt werden, dass die sächsische Bevölkerung den mittleren Abschluss nach zehn Jahren an der Polytechnischen Oberschule als Standard kannte und diesen als Grundlage für das Mindestmaß an schulischer Bildung ansah. Das in Sachsen gewählte zweigliedrige Schulmodell konnte ebenfalls an die Gebäudeinfrastruktur des DDR-Systems anknüpfen, das aus zweizügigen Polytechnischen Oberschulen und Erweiterten Oberschulen bestand. Schließlich entsprach ein dreigliedriges Schulsystem angesichts der relativ geringen Bevölkerungsdichte in den ländlichen Regionen nicht dem Interesse der Bevölkerung an einem wohnortnahen Schulangebot (Edelstein & Nikolai, 2013).

Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bestritten im Zuge der Wiedervereinigung zunächst andere Wege: Brandenburg führte als Schulformen das Gymnasium, die Realschule und die Gesamtschule ein und verzichtete auf die Einführung der Hauptschule. Mecklenburg-Vorpommern entschied sich als einziges ostdeutsches Bundesland für die Einführung der Hauptschule und für ein gegliedertes System westdeutscher Prägung. Anders als in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen konnten sich die Befürworter einer zweigliedrigen Schulstruktur in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zunächst im schulstrukturellen Entscheidungsprozess nicht durchsetzen. Doch aufgrund demografischer Veränderungen und eines veränderten Schulwahlverhaltens sahen sich in den 2000er-Jahren die schulpolitischen Entscheidungsträger auch in diesen beiden Bundesländern, aber auch in vielen westdeutschen Bundesländern gezwungen, ihre Schulsysteme in zweigliedrige Schulsysteme umzuwandeln. Aber auch die De-

batte um Chancengleichheit im Schulsystem – die durch die Ergebnisse nationaler und internationaler Schulleistungsstudien in den 2000er-Jahren neu entfacht wurde – beeinflusste in vielen westdeutschen Bundesländern die Umwandlung.

Als erstes westdeutsches Bundesland begann das Saarland ab dem Schuljahr 1996/97 die Hauptschule abzuschaffen und ein zweigliedriges Schulsystem zu etablieren, bestehend aus Erweiterter Realschule, Gesamtschule und Gymnasium. Diese Schulstruktureform beschloss die damalige SPD-Regierung gemeinsam mit der oppositionellen CDU, nachdem der Schüleranteil an Hauptschulen Mitte der 1990er-Jahre auf unter 8 Prozent gesunken war und die Erhaltung der Hauptschule als eigenständige Schulform kaum mehr möglich war (Spiegel, 1996).

In vielen Bundesländern, die bis dahin an ihrem drei- bzw. viergliedrigen Schulsystem festgehalten hatten, erschwerte sowohl die zurückgehende Akzeptanz der Hauptschule als auch der Rückgang der Schülerzahl in den 1990er- und 2000er-Jahren die Aufrechterhaltung eines mehrgliedrigen und wohnortnahen Schulangebots. Wie groß der Teil der Schülerschaft ist, den die Hauptschule in diesen beiden Dekaden verloren hat, zeigen folgende Zahlen (Nikolai & West, 2013; StBa, 2013): Besuchten 1995 bundesweit noch 24 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Hauptschule, so reduzierte sich der Anteil bis 2012 auf 14 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil an Gymnasien von 31 auf 37 Prozent zu. Das Gymnasium ist mittlerweile die Schulform, die von den meisten Schülerinnen und Schülern eines Jahrgangs besucht wird. In manchen Bundesländern gestaltete sich der Schülerrückgang an Hauptschulen dramatischer: 1995 verzeichneten Berlin (9%) und das Saarland (11%) die niedrigsten Schüleranteile an Hauptschulen im Bundesländervergleich. Dahinter folgten Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen. Mehr als ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler besuchte 1995 dagegen die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und in Bayern (dort waren es sogar mehr als 40%). Bis in die 2000er-Jahre hinein ist in allen Bundesländern mit der Hauptschule als Regelschulform ein Rückgang der Schülerschaft an dieser Schulform festzustellen (Statistik-Portal, 2014; eigene Berechnungen).

Sowohl aufgrund höherer Bildungsaspirationen von Schülerinnen und Schülern und deren Eltern als auch einer größeren Nachfrage nach höher qualifizierten Schulabschlüssen seitens der Wirtschaft wählten Eltern in der Vergangenheit seltener Haupt- und Realschulen als Bildungsgänge für ihre Kinder (Rösner, 2007; Weishaupt, 2009b). Gerade das elterliche Schulwahlverhalten galt bereits Ende der 1980er-Jahre als bedeutendes Movens für die Entwicklung der Schulstruktur (Klemm & Rolff, 1988b, S. 465). Zudem erfuhr der Hauptschulabschluss in den letzten Dekaden angesichts steigender Qualifikationsanforderungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einen erheblichen Ansehensverlust. So mündeten 2012 von den Neuzugängen in berufliche Bildungsgänge nur rund 27 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit einem Hauptschulabschluss in die duale Berufsausbildung und 18 Prozent in das Schulberufssystem ein. Dagegen hatten 2012 im Übergangssystem, welches keine qualifizierte Berufsbildung vermittelt, rund 51 Prozent der Neuzugänge einen Hauptschulabschluss (Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung, 2014, S. 279). Der Ansehensverlust des Hauptschulabschlusses setzt sich zudem auch in den Ausbildungssegmenten fort. Die obersten Segmente in der Berufsausbildung, v.a. kaufmännische Berufe und Verwaltungsberufe, werden kaum noch mit Hauptschulabsolventinnen und -absolventen besetzt. Insgesamt hat die Hauptschule in den letzten Dekaden ihre traditionelle Funktion als Zubringerin zur Berufsausbildung verloren (Baethge, 2010). Darüber hinaus hat das duale Berufsbildungssystem seine dominante Stellung im Bildungssystem eingebüßt. Erstmals gab es 2013 mehr Studienanfängerinnen und -anfänger als Neuzugänge in der dualen Ausbildung (Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung, 2014, S. 97).

Der Trend des veränderten Schulwahlverhaltens ist schon seit Jahrzehnten deutschlandweit beobachtbar (Allmendinger, Ebner & Nikolai, 2010), wurde jedoch erst durch den (je nach Bun-

desland z.T. dramatischen) Schülerrückgang verschärft und damit ausschlaggebend für schulstrukturelle Veränderungen. Zwischen den Schuljahren 1995/96 bis 2012/13 reduzierte sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I bundesweit um rund 14 Prozent (Statistik-Portal, 2014). Vor allem in ländlichen Regionen wirkte sich der Rückgang der Schülerzahlen proportional stärker auf die Nachfrage an Haupt- und Realschulen als auf die Nachfrage am Gymnasium aus.¹⁰ Der demografisch bedingte Schülerzahlenrückgang hat gerade im ländlichen Raum zur Folge, dass die Aufrechterhaltung eines drei- bzw. mehrgliedrigen Schulsystems zunehmend unwirtschaftlich wird (Weishaupt, 2009a; Liegmann & Bouß, 2012). Dieser Aspekt findet sich auch in den 2000er-Jahren in vielen Wahlprogrammen der in den Landtagen vertretenen Parteien wieder – auch in einigen Landesverbänden der CDU (Nikolai & Rothe, 2013).¹¹

In Frage gestellt wurde das dreigliedrige Schulsystem und seine Begründung mit einer begabungsbezogenen Selektion zudem durch die empirische Wende in der Bildungsforschung (Liegmann & Bouß, 2012; Neumann et al., 2013). Internationale wie nationale Schulleistungsstudien zeigen, dass die Verteilung auf die Schulformen der Sekundarstufe weder leistungsgerecht erfolgt noch dass die Lerngruppen innerhalb der Schulformen homogen sind: Schülerinnen und Schüler mit besserem sozioökonomischem Hintergrund haben bei gleicher Leistung eine höhere Chance, das Gymnasium zu besuchen, als solche aus Familien mit geringem sozioökonomischem Status. Zudem wiesen die Leistungsvergleiche eine deutliche Überlappung der Schülerleistungen zwischen den verschiedenen Schulformen nach. Diese Befunde haben in der Schulpolitik zu einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber einer Integration der Schulformen geführt (Nikolai & Rothe, 2013).

4. Fazit und Forschungsdesiderata

Mit der Zweigliedrigkeit ist die Hoffnung verknüpft, den über Jahrzehnte ideologisch geführten Streit um die Schulstruktur zwischen den Befürwortern der Dreigliedrigkeit und Anhängern der Einheitsschule in Form eines Kompromisses zu beenden (Hurrelmann, 2013). In Veröffentlichungen von Landesregierungen und Schulverwaltungen wird zudem ein ›Mehr an Chancengleichheit‹ im Schulsystem als Beitrag der Schulstrukturumwandlungen betont. Trotz allem bleibt festzuhalten, dass es vor allem sozioökonomische Faktoren sind, die die Etablierung von zweigliedrigen Schulstrukturmodellen bedingen.

Welche Auswirkungen die Systemumstellungen in vielen Bundesländern auf die schulischen Leistungen und deren Kopplung mit sozialer Herkunft haben, ist derzeit noch eine offene Forschungsfrage. Zudem gehen die strukturellen Umgestaltungen der Sekundarschulsysteme in den Bundesländern nicht allein mit Zweigliedrigkeit einher; vielmehr werden aufgrund der Umstellung zu einem inklusiven Schulsystem auch die Sonder- und Förderschulen von den Umstrukturierungen der Schulsysteme erfasst (Blanck, Edelstein & Powell, 2013; Hartong & Nikolai, 2016). Es bleibt empirisch zu überprüfen, ob sich in zweigliedrigen Schulsystemen der Übergang nach der Grundschule in sozial-selektiver Hinsicht anders gestalten wird als in drei- bzw. mehrglie-

10 Mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I (7. Klasse) verlor Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1995/96 und 2012/13. Ähnliches ist auch in Bundesländern mit einer langen Tradition zweigliedriger Schulsysteme wie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu finden. Dahinter folgten Brandenburg (-46%), Berlin (-30%) und das Saarland (-20%). Lediglich Bayern und Baden-Württemberg konnten einen leichten Schülerzuwachs verzeichnen. Alle anderen Bundesländer erlebten einen Rückgang von weniger als 10 Prozent (Statistik-Portal, 2014; eigene Berechnungen).

11 Die programmatische Umorientierung spiegelt sich auch innerhalb der Bundes-CDU wider, die sich 2011 für ein Zwei-Wege-Modell aus Oberschule und Gymnasium aussprach (CDU, 2011).

drigen Systemen und ob die geschaffene Möglichkeit, das Abitur an allen Schulformen zu erwerben, die soziale Ungleichheit im Zugang zum Abitur reduziert. Hierbei ist auch zu prüfen, ob mit den unterschiedlichen Möglichkeiten des Abiturerwerbs unterschiedliche Wertigkeiten des Abiturs einhergehen werden.

Die Auswirkungen der Umgestaltung des Sekundarschulsystems in Berlin werden derzeit in der Berlin-Studie untersucht (Maaz, Baumert, Neumann, Becker & Dumont, 2013). Erste Ergebnisse zeigen, dass die Problemkonstellationen trotz struktureller Reformen bestehen bleiben (Drope & Jurczok, 2013; Helbig & Nikolai, 2017): Zwar läuft die soziale und leistungsbezogene Selektion der Schülerinnen und Schüler nun nicht mehr entlang von Schulformen, jedoch werden ethnische und soziale Trennlinien zwischen einzelnen Schulen bedeutsamer (Jurczok & Lauterbach, 2014). Mehrheitlich entstanden in Berlin aus den Gesamtschulen jene integrierten Sekundarschulen, die eine eigenständige gymnasiale Oberstufe haben. Ehemalige Hauptschulen wurden dagegen häufiger in integrierte Sekundarschulen ohne eine eigenständige gymnasiale Oberstufe überführt. Prinzipiell besteht damit teilweise das traditionelle Schulsystem fort und verlaufen die Unterschiede entlang der neuen Trennlinie Gymnasium, Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe versus Sekundarschule ohne gymnasiale Oberstufe (Helbig & Nikolai, 2017).

Die Möglichkeit, das Abitur nach 13 Schuljahren abzulegen, gilt als Trumpf der zusammengefassten Schulformen in den Stadtstaaten sowie der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein und im Saarland. Mittlerweile erlauben einige Bundesländer ihren Gymnasien, zum neun-jährigen Bildungsgang zurückzukehren. Inwieweit dadurch die zusammengefassten Schulformen einige ihrer ›stärksten‹ Schüler verlieren, bleibt ebenso zu überprüfen.

Literatur

- Allmendinger, J., Ebner, C. & Nikolai, R. (2010). Soziologische Bildungsforschung. In R. Tippelt & B. Schmidt (Hrsg.), *Handbuch Bildungsforschung* (S. 47–70). Wiesbaden: VS.
- Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung (2014). *Bildung in Deutschland 2014*. Bielefeld: Bertelsmann.
- Baethge, M. (2010). Neue soziale Segmentationsmuster in der beruflichen Bildung. In H.-H. Krüger, U. Rabe-Kleberg, R.-T. Kramer & J. Budde (Hrsg.), *Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule* (S. 275–298). Wiesbaden: VS.
- Blanck, J.M., Edelstein, B. & Powell, J.J.W. (2013). *Persistente schulische Segregation oder Wandel zur inklusiven Bildung? Die UN-Behindertenrechtskonvention und Reformmechanismen in den deutschen Bundesländern*. Sonderheft der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie, 5, 267–292.
- CDU (2011). Beschluss Bildungsrepublik Deutschland. 24. Parteitag der CDU Deutschlands vom 14.–15.11.2011.
- Criblez, L. & Manz, K. (2011). Harmonisierung der Volksschule. In L. Criblez, B. Müller & J. Oelkers (Hrsg.), *Die Volksschule zwischen Innovationsdruck und Reformkritik* (S. 111–123). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Drope, T. & Jurczok, A. (2013). Weder gleichwertig noch gleichartig. *Zeitschrift für Pädagogik*, 59, 496–507.
- Edelstein, B. (2016). Schulpolitik unter Bedingungen der Pfadabhängigkeit. Eine Analyse der Determinanten schulstruktureller Reformprozesse am Beispiel des Hamburger Schulwesens. In B. Hermstein, N. Berkemeyer & V. Manitiis (Hrsg.), *Institutioneller Wandel im Bildungswesen. Facetten, Befunde und Kritik* (S. 47–70). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Edelstein, B. & Nikolai, R. (2013). Strukturwandel im Sekundarbereich. Determinanten schulpolitischer Reformprozesse in Sachsen und Hamburg. *Zeitschrift für Pädagogik*, 59, 482–494.
- Hartong, S. & Nikolai, R. (2016). Schulstrukturreform in Bremen: Promotoren und Hindernisse auf dem Wege zu einem inklusiven Schulsystem. In V. Moser & B. Lütje-Klose (Hrsg.), *Schulische Inklusion*. 62. Beiheft zur Zeitschrift für Pädagogik (S. 105–123). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Helbig, M. & Nikolai, R. (2015). *Die Unvergleichbaren. Der Wandel der Schulsysteme in den deutschen Bundesländern seit 1949*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

- Helbig, M. & Nikolai, R. (2017). *Alter Wolf im neuen Schafspelz? Die Persistenz sozialer Ungleichheiten im Berliner Schulsystem*. WZB Discussion Paper P 2017–001. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Hörner, W., Döbert, H., Reuter, L.R. & von Kopp, B. (Hrsg.). (2015). *The Education Systems of Europe*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hurrelmann, K. (1988). Thesen zur strukturellen Entwicklung des Bildungssystems in den nächsten fünf bis zehn Jahren. *Die Deutsche Schule*, 80, 451–461.
- Hurrelmann, K. (2013). Das Schulsystem in Deutschland: Das »Zwei-Wege-Modell« setzt sich durch. *Zeitschrift für Pädagogik*, 59, 455–468.
- Jurczok, A. & Lauterbach, W. (2014). Schulwahl von Eltern: Zur Geografie von Bildungschancen in benachteiligten städtischen Bildungsräumen. In P.A. Berger, C. Keller, A. Klärner & R. Neef (Hrsg.), *Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie* (S. 135–155). Wiesbaden: VS.
- Klemm, K. & Rolff, H.-G. (1988a). Der heimliche Umbau der Sekundarschule. In H.-G. Rolff, K. Klemm, H. Pfeiffer & E. Rösner (Hrsg.), *Jahrbuch der Schulentwicklung. Daten, Beispiele und Perspektiven. Band 5* (S. 75–102). Weinheim/Basel: Beltz.
- Klemm, K. & Rolff, H.-G. (1988b). Innere Schulreform im zweigliedrigen System? *Die Deutsche Schule*, 80, 462–471.
- Köhler, G. (2009). *Diskurs und Systemtransformation. Der Einfluss diskursiver Verständigungsprozesse auf Schule und Bildung im Transformationsprozess der neuen Bundesländer*. Göttingen: Cuvillier Verlag.
- Liegmann, A.B. & Bouß, S. (2012). Schulstruktur im Wandel. Aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse von Entwicklungstendenzen und Begründungslinien. *Die Deutsche Schule*, 104, 200–215.
- Maaz, K., Baumert, J., Neumann, M., Becker, M. & Dumont, H. (Hrsg.). (2013). *Die Berliner Schulstrukturreform*. Münster: Waxmann.
- Neumann, M., Maaz, K. & Becker, M. (2013). Die Abkehr von der traditionellen Dreigliedrigkeit im Sekundarschulsystem: Auf unterschiedlichen Wegen zum gleichen Ziel? *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 61, 274–291.
- Nikolai, R. (2016). Institutioneller Wandel durch Politiknetzwerke? Zur Analyse von Politiknetzwerken aus neoinstitutionalistischer Perspektive am Beispiel der Berliner Schulstrukturentwicklung. In N. Kolleck, S. Kulin, I. Bormann, G. de Haan & K. Schwippert (Hrsg.), *Traditionen, Zukünfte und Wandel in Bildungsnetzwerken* (S. 17–36). Münster: Waxmann.
- Nikolai, R. & Rothe, K. (2013). Konvergenz in der Schulpolitik? Programmatik von CDU und SPD im Vergleich. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23, 545–572.
- Nikolai, R. & West, A. (2013). School type and educational inequalities. In R. Brooks, M. McCormack & K. Bhopal (Hrsg.), *Contemporary Debates in the Sociology of Education* (S. 57–75). Houndmills, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.
- OECD. (2013). *PISA 2012 Results: What Makes Schools Successful?* Paris: OECD.
- Regenbrecht, A. (1988). Hauptschule und Hauptschulalternativen. *Schule heute*, 28, 5–9.
- Rösner, E. (2007). *Hauptschule am Ende: Ein Nachruf*. Münster: Waxmann.
- Rösner, E. (2014). Schulstruktur in der Sekundarstufe. *Pädagogik*, 66, 44–47.
- Rösner, E. & Tillmann, K.-J. (1980). Strukturelle Entwicklungen: Auf dem Weg zur horizontalisierten Sekundarstufe I. In H.-G. Rolff, G. Hansen & K. Klemm (Hrsg.), *Jahrbuch der Schulentwicklung. Daten, Beispiele und Perspektiven. Band 1* (S. 73–103). Weinheim/Basel: Beltz.
- Spiegel (1996). Schlechter Ruf, *Der Spiegel* vom 29.01.1996, 5, S. 64.
- Statistik-Portal (2014). Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Verfügbar unter: www.statistikportal.de [Zugriff am 26.6.2014].
- StBa, Statistisches Bundesamt (2013). *Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2012/2013, Fachserie 11*. Wiesbaden: StBA.
- Tillmann, K.-J. (2012). Das Sekundarschulsystem auf dem Weg in die Zweigliedrigkeit. *Pädagogik*, 64, 8–12.
- Weishaupt, H. (2009a). Demografie und regionale Schulentwicklung. *Zeitschrift für Pädagogik*, 55, 56–72.
- Weishaupt, H. (2009b). Die Hauptschule – ein Auslaufmodell? Eine Bestandsaufnahme im föderalen Vergleich. *Die Deutsche Schule*, 101, 20–32.
- Wiechmann, J. (2011). Vollständiger Systemwandel in Schleswig-Holstein. Die Umwandlung der Schullandschaft in lokaler Entscheidung. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 14, 119–139.
- Zymek, B. (2010). Nur was anschlussfähig ist, setzt sich durch. Was man aus der deutschen Schulgeschichte des 20. Jahrhunderts (gerade auch der DDR und der ostdeutschen Bundesländer) lernen kann. *Die Deutsche Schule*, 102, 192–208.